

Zweite Nationale Integrationskonferenz vom 12. Mai 2011 in Solothurn

Guy Morin, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, Präsident der TAK

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Eine kluge Zuwanderungs- und Integrationspolitik spielt im globalen Standortwettbewerb eine Schlüsselrolle. Es gibt kaum ein anderes Thema, bei dem eine gute Politik so sehr belohnt und eine schlechte Politik so sehr bestraft wird. Im besten Fall kommen und bleiben Talente aus aller Welt. Sie bringen Schwung, Kreativität, Ideen und Innovation mit. So ist es in den klassischen Einwanderungsländern USA, Australien oder Kanada. So war es historisch auch bei der Industrialisierung der Schweiz.

Im schlechtesten Fall verursachen Zuwanderung und fehlende Integration soziale Spannungen oder wirtschaftliche Kosten. So ist es, wenn heute z.B. Schulen nach Hilfe rufen, weil sie mit ausländischen Jugendlichen nicht mehr klar kommen. Misslingt die Integration von Zugewanderten, muss der Sozialstaat die Folgekosten unzureichender Schul- und Berufsbildung, hoher Arbeitslosigkeit und einer wachsenden Unzufriedenheit und Gewaltbereitschaft tragen.

Deshalb haben wir alle ein ureigenes Interesse an einer erfolgreichen Integration: Bund, Kantone und Gemeinden, aber auch die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und vor allem die Zugewanderten selber. Folgerichtig verlangt das Ausländergesetz, dass bei der Integration die Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden, aber auch die Sozialpartner, die Nichtregierungsorganisationen und die Ausländerorganisationen zusammenarbeiten.

Zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik haben der Bundesrat, die Konferenz der Kantonsregierungen, der schweizerische Gemeindeverband und der schweizerische Städteverband einen gemeinsamen Prozess lanciert. Gestützt darauf haben wir uns im Rahmen der TAK auf gemeinsame Zielsetzungen und Grundsätze für die zukünftige Integrationspolitik verständigt. Diese integrationspolitischen Grundprinzipien werden wir an der zweiten Nationalen Integrationskonferenz, die am 12. Mai 2011 in Solothurn stattfinden wird, erläutern und mit den Konferenzteilnehmenden diskutieren. Dabei interessiert uns vor allem, was bereits gut läuft, wo wir noch Probleme haben und wo wir zukünftig Akzente setzen wollen. Unser Ziel ist eine breite Diskussion über die Integrationspolitik der Zukunft.

Bei der Integrationsförderung kommt nicht nur dem Staat eine zentrale Rolle zu, sondern auch nichtstaatlichen Akteuren. Tagtäglich finden am Arbeitsplatz, im Quartier, auf dem Sportplatz, im Verein oder in der Kirche Begegnungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten statt. Ohne die aktive Unterstützung der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft laufen die integrationspolitischen Bemühungen des Staates ins Leere.

Deshalb nehmen am bevorstehenden Integrationsgipfel auch nichtstaatliche Akteure teil: Die grossen Parteien, die Sozialpartner sowie Vertreter religiöser Gemeinschaften und weiterer Organisationen der Zivilgesellschaft werden vertreten sein. Und anhand konkreter Initiativen aus der Wirtschaft und von Seiten der Migrantinnen und Migranten wird gezeigt, dass nichtstaatliche Akteure den Integrationsprozess stark beeinflussen können.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, verfolgen die Exekutiven von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden die Absicht, im Bereich der Integration eine gemeinsame Politik zu verfolgen und gleichzeitig noch enger als bisher mit den nichtstaatlichen Akteuren zusammenzuarbeiten. In diesem Sinne treffen sich am 12. Mai 2011 die Key-Players der schweizerischen Integrationspolitik in Solothurn. Das Programm haben Sie in Ihren Unterlagen erhalten.

Gerne übergebe ich nun das Wort den Vertretungen der drei staatlichen Ebenen, die im Rahmen der TAK dieses gemeinsame Vorgehen entwickelt haben. Sie werden kurz auf die integrationspolitische Bedeutung der jeweiligen staatlichen Ebene und des tripartiten Ansatzes eingehen.